ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Michelsen, Claus et al.

Article

Deutsche Wirtschaft trotzt der schlechten Stimmung: Schuldenregeln gehören auf den Prüfstand

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus et al. (2019) : Deutsche Wirtschaft trotzt der schlechten Stimmung: Schuldenregeln gehören auf den Prüfstand, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 86, Iss. 24, pp. 407-409, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-24-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/200232

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutsche Wirtschaft trotzt der schlechten Stimmung – Schuldenregeln gehören auf den Prüfstand

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Martin Bruns, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Malte Rieth und Thore Schlaak

Allen Unkenrufen zum Trotz: Um die deutsche Wirtschaft steht es im Frühsommer des Jahres 2019, dem privaten Konsum und einem starken Arbeitsmarkt sei Dank, gar nicht so schlecht. Auch nicht um die Staatskassen, die gut gefüllt sind und dies erstmal auch bleiben werden. Alles gut also? Nicht ganz. Das konjunkturelle Bild wird sich in den kommenden Monaten eintrüben, vor dem Hintergrund schwelender Handelskonflikte und einer fragilen konjunkturellen Lage weltweit. Und finanzpolitisch muss gehandelt werden. Es ist längst an der Zeit, die kommunalen Finanzen und Aufgaben in Deutschland neu zu ordnen, damit die Kommunen ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge wieder nachkommen können. Auch wenn das heißt, die Schuldenrestriktionen zu lockern und, ja, das Dogma der Schuldenbremse in Frage zu stellen.

Das DIW Berlin hält an seiner Einschätzung aus dem Frühjahr fest: Die Konjunktur wird sich weiterhin recht ordentlich entwickeln. Für das laufende Jahr ist hierzulande mit einem Wachstum von 0,9 Prozent zu rechnen, für das Jahr 2020 mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 1,7 Prozent. Getragen wird das Wachstum vor allem durch die Binnenwirtschaft – das Auslandsgeschäft bleibt vergleichsweise verhalten. Weiterhin lasten die Unsicherheit über Handelskonflikte und die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union auf der Investitionsbereitschaft – die auf den Export von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Wirtschaft trifft dies in besonderem Maße.

Nach der Flaute in der zweiten Jahreshälfte 2018 hat die deutsche Wirtschaft wieder Tritt gefasst. Dafür gesorgt haben die florierende Bauwirtschaft, vor allem aber erhebliche finanzpolitische Impulse wie die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dies hat Konsumentinnen und Konsumenten zusätzliche Kaufkraft beschert. Auch die Unternehmen investierten zu Jahresbeginn äußerst rege in zusätzliche Maschinen und Anlagen. Der finanzpolitische Schub zieht sich durch das gesamte Jahr. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sorgen weiterhin für Einkommenszuwächse: Die Beschäftigung wird weiter aufgebaut, die Arbeitslosigkeit sinkt voraussichtlich auf durchschnittlich 4,6 Prozent im Jahr 2020, den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dies wirkt sich in spürbaren Lohnsteigerungen aus: Real können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Jahr über ein Plus von rund 1,3 Prozent freuen. Weil die Nachfrage aus dem Inland weiterhin robust bleibt, dürften die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Land allmählich wieder Tritt fassen und die mittlerweile vielfach leeren Lager wieder aufgefüllt werden.

Weiterhin Sorge bereitet das außenwirtschaftliche Umfeld – Stichwort Handelskrieg. Der zunehmende Protektionismus dürfte auf dem Wirtschaftsgeschehen lasten, da einerseits die Preise für Konsumentinnen und Konsumenten steigen, andererseits verunsichern die Konflikte die Unternehmen, was deren Investitionsneigung bremst.

Nach wie vor ist die globale konjunkturelle Lage fragil. Die deutschen Unternehmen verfügen zwar über ein beträchtliches Auftragspolster, das die derzeitige Schwäche bei den Neubestellungen weniger dramatisch erscheinen lässt. Sollten allerdings die globalen Handelskonflikte eskalieren und die Probleme innerhalb der Europäischen Union ungelöst bleiben, dann droht ein stärkerer konjunktureller Einbruch.

Unbeeindruckt von den beschriebenen Entwicklungen zeigen sich die Staatsfinanzen. Bereits im ersten Quartal wurden staatliche Einnahmeüberschüsse von rund 19 Milliarden Euro erzielt. Dies liegt vor allem an der sprudelnden Lohnsteuer. Für das Gesamtjahr rechnet das DIW Berlin mit Überschüssen in der Größenordnung von 40 Milliarden Euro

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-24-1

im laufenden Jahr und rund 32 Milliarden Euro im Jahr 2020. Allein im Bundeshaushalt beträgt der Überschuss in diesem Jahr etwa 18 Milliarden Euro. Allerdings kommt bei den Kommunen von diesen Überschüssen nur ein kleiner Teil an. Sie sind aber die wichtigsten öffentlichen Investoren und verantwortlich für die Bereitstellung und den Erhalt eines Großteils der Infrastruktur, die über Jahre vernachlässigt wurde. Hier ist ein Umdenken notwendig. Der Finanzierungsbedarf der Kommunen summiert sich laut KfW aktuell auf über 150 Milliarden Euro.

Damit die Kommunen ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder nachkommen können, ist eine Neustrukturierung der kommunalen Finanzen und Aufgaben wichtig. Hierfür könnte der Bund seine eingesparten Mittel peu à peu für eine Entschuldung der Kommunen einsetzen. Zudem ist denkbar, dass der Bund vor allem konjunkturabhängige Aufgaben und Ausgaben von ihnen übernimmt und das Budget der Städte und Gemeinden somit deutlich weniger schwankungsanfällig werden lässt. Der aktuelle institutionelle Rahmen bietet aber für eine derartige Umgestaltung kaum Raum. Zusätzliche öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sind angesichts der niedrigen Zinsen aber hoch rentabel. Daher wäre es durchaus sinnvoll und erstrebenswert, die Schuldenrestriktionen zu lockern und, zumindest bei durch den Bund finanzierten Projekten, zusätzliche Spielräume zur Nettokreditaufnahme zu eröffnen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Martin Bruns ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23+24/2019:

www.diw.de/diw_weekly

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
86. Jahrgang 13. Juni 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Karl Brenke

Redaktion
Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**